
Novo Nordisk Pharma GmbH

Mainz

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Grundlagen der Gesellschaft - Geschäftsmodell

Die Novo Nordisk Pharma GmbH gehört zur Novo Nordisk-Gruppe, einem global agierenden Unternehmen der Gesundheitsbranche, das durch seine Innovationen seit 1923 führend in der Diabetesversorgung ist. Die Novo Nordisk-Gruppe hält außerdem maßgebliche Positionen in den Gebieten Blutgerinnung (Hämostase), Wachstumshormon- sowie Hormonersatztherapie.

Der Vertrieb pharmazeutischer Präparate und Produkte, die von Konzerngesellschaften der Novo Nordisk-Gruppe bezogen werden, erfolgt im deutschen Markt durch die Novo Nordisk Pharma GmbH. Dabei ist die Rolle der Gesellschaft innerhalb der Novo Nordisk Gruppe die einer funktions- und risikoarmen Vertriebsgesellschaft, die für den Konzern zudem Marketingtätigkeiten im Rahmen von Produkteinführungen sowie Dienstleistungen für die klinische Forschung erbringt. Die Novo Nordisk Pharma GmbH wird dabei durch die vertragliche Gestaltung innerhalb des Konzernverbunds stets auf ein positives Ergebnis vor Steuern und Zinsen in Abhängigkeit von der Umsatzentwicklung gestellt.

Die Leistung der Gesellschaft wird mittels einer Balanced Score Card auch an nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die Umwelt- und Arbeitnehmerbelange berücksichtigen, gemessen. Wesentliche Steuerungsgrößen für das Geschäft der Gesellschaft sind der Marktanteil im deutschen Diabetes-Markt und die Entwicklung der Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Handelswaren.

Entwicklung von Gesamtwirtschaft, Branche und Novo Nordisk

Im Jahr 2022 ist der deutsche Pharmamarkt nach eigener Auswertung auf Basis von Angaben des Marktforschungsunternehmens IQVIA um 5,4 % gewachsen. Im Vorjahr lag das Marktwachstum bei 7,3 %. Das Gesamtvolumen des Arzneimittelmarkts (Segment „Retail Market“) in Deutschland liegt bei etwa 48,8 Mrd. EURO (in 2022). Der für Novo Nordisk besonders wichtige Insulinmarkt konnte am Wachstum des Gesamtmarkts im Jahr 2022 nicht partizipieren und ist im Gegenteil um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Die Entwicklung des Pharmamarktes für verschreibungspflichtige Produkte ist von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung grundsätzlich unabhängig, wird jedoch stark durch gesundheitspolitische Maßnahmen beeinflusst.

In Zukunft erwarten wir ein verhaltenes Wachstum des Pharmamarktes. Die gesundheitspolitischen Steuerungsmaßnahmen zur Senkung der Arzneimittelausgaben werden auch im Jahr 2023 greifen und das Marktwachstum hemmen.

Zum Strauß dieser Steuerungselemente gehört neben der Festbetragsregelung und den „Aut-idem-Verordnungen“ u.a. auch Rabattregelungen zur Erzielung von Einsparungen bei Arzneimitteln. So müssen die pharmazeutischen Hersteller einen gesetzlichen Pflichtrabatt für Arzneien gewähren, die von gesetzlichen und privaten Krankenkassen für deren Versicherte erstattet werden. Der Herstellerrabatt für erstattungsfähige Arzneimittel ohne Festbetrag lag im Jahr 2022 bei 7 % inkl. gesetzlicher Mehrwertsteuer: Für das Jahr 2023 wird dieser Herstellerrabatt für 12 Monate auf 12 % angehoben. Für patentfreie, wirkstoffgleiche Arzneimittel (Generika und patentfreie Referenzarzneimittel) gilt eine Rabattverpflichtung von 16 % (10 % Generikarabatt sowie 6 % Herstellerrabatt). Zudem wird für bestimmte Arzneimittel mit neuen kombinierten Wirkstoffen ab dem 2. Mai 2023 ein sogenannter Kombinationsabschlag in Höhe von 20 % auf den Abgabepreis ohne Mehrwertsteuer erhoben.

Ausgenommen von dieser gesetzlichen Herstellerrabattregelung sind Medikamente mit einem Festbetrag und solche, die von der Aut-idem-Regelung erfasst sind. Die Kassen können darüber hinaus mit den Herstellern zusätzliche Rabatte gemäß § 130 a SGB V vereinbaren und machen von dieser Möglichkeit auch Gebrauch.

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat 2006 moderne Insulinanaloge von der Erstattung durch gesetzliche Krankenkassen für Menschen mit Typ 2 Diabetes prinzipiell ausgeschlossen. Um Patienten trotzdem diese Therapieoptionen nicht grundsätzlich zu verwehren, hat der G-BA festgeschrieben, dass moderne Insuline dann erstattungsfähig sind, wenn die Hersteller mit allen gesetzlichen Krankenkassen individuelle Verträge abschließen, die die Mehrkosten im Vergleich zu den festbetragsgeregelten Humaninsulinen ablösen. Ausnahmen bilden lediglich die sogenannten „new generation Insuline“, die nach 2011 in den deutschen Markt eingeführt wurden und im Sinne des Arzneimittelneuordnungsgesetzes (AMNOG) als neue Wirkstoffe gelten. Diese sind zu dem mit dem GKV-Spitzenverband verhandelten Preis voll erstattungsfähig.

Für die Markteinführung innovativer Medikamente gelten die Regeln des Arzneimittelneuordnungsgesetz (AMNOG). Eine frühe Nutzenbewertung durch den Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) mit anschließender zentraler Erstattungspreisverhandlung mit dem GKV-Spitzenverband (GKV-SV) führt ein Jahr nach Markteintritt regelmäßig zu deutlichen Abschlägen gegenüber dem Einstandspreis, der nach wie vor frei von den pharmazeutischen Unternehmen bestimmt werden kann.



Für den subkutan zu applizierenden GLP-1 Rezeptoragonist (Ozempic®, Wirkstoff Semaglutid) wurde Ende 2019 der AMNOG-Prozess abgeschlossen. Novo Nordisk hat das Produkt nach der Erstattungsbetragseinkunft mit dem GKV-SV im Februar 2020 in den deutschen Markt eingeführt. Im April 2020 hat der G-BA aufgrund der EMA-Zulassung für die orale Form des Wirkstoffs Semaglutid eine erneute Nutzenbewertung verlangt, da diese immer wirkstoffbezogen erfolgt. Im April 2021 hat der G-BA der Empfehlung des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) folgend den Zusatznutzen für den Wirkstoff Semaglutid aberkannt mit der Konsequenz, dass auch das Produkt Ozempic® nun ohne Zusatznutzen bewertet ist. Im Verlauf des Jahres 2021 konnten auf dieser Basis neue Erstattungsbeträge für Semaglutid verhandelt werden, so dass Ozempic® auch in Zukunft für Menschen mit Typ 2 Diabetes angeboten werden kann.

Im deutschen Insulin-Markt nimmt die Novo Nordisk Pharma GmbH eine starke Wettbewerbsposition ein und erzielte Ende 2022 einen Marktanteil nach Volumen von 37 % (37 % im Vorjahr). Die im Vorjahr getroffene Prognose einer stabilen Marktanteilentwicklung wurde somit erreicht.

Ertragslage

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die COVID-19-Pandemie blieb auch im Jahr 2022 ohne wesentliche Auswirkung auf die Geschäftsentwicklung.

Im Geschäftsjahr 2022 konnte die Novo Nordisk Pharma GmbH einen Anstieg der Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Handelswaren um 10,1 % von 645 Millionen EURO auf 710 Millionen EURO verzeichnen.

Der Umsatz mit Präparaten zur Behandlung des Diabetes mellitus und der Adipositas dominiert mit 83 % (im Vorjahr 81 %). Weitere Umsätze (Bereich Rare Disease) werden mit Blutgerinnungspräparaten, Produkten zur Behandlung von Wachstumshormonstörungen sowie gynäkologischen Präparaten erzielt.

Der Bereich Diabetes mellitus und Adipositas hat sich positiv entwickelt. Die anhaltenden Rückgänge bei den Humaninsulinen wurden durch Umsatzsteigerungen in den Geschäftsfeldern „new generation insulin“ bzw. „modern insulin“, „Obesity“ und GLP-1, insbesondere durch den anhaltend großen Erfolg des Produktes Ozempic® überkompensiert.

Der Bereich Rare Disease entwickelte sich hingegen leicht negativ. Hier konnte zwar ein signifikanter Anstieg der Verkaufserlöse im Bereich „Haem Care“ (Blutgerinnungspräparate) verzeichnet werden. Dem stand jedoch ein stärkerer Rückgang bei den gynäkologischen Präparaten und im Bereich Wachstumshormone entgegen.

Der im Jahr 2022 eingetretene Anstieg der Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Handelswaren steht somit im Einklang mit der im Vorjahr gemachten Prognose, die von einem Anstieg der Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Handelswaren im leicht über einstelligen Prozentbereich ausgegangen ist.

Zu den Umsatzerlösen zählen auch die Umsatzerlöse aus sonstigen Dienstleistungen an Konzerngesellschaften. Hierunter fallen insbesondere Marketingdienstleistungen im Zusammenhang mit Produkteinführungen sowie die klinische Forschung an die Konzernobergesellschaft. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr betrifft hauptsächlich die Produkteinführungskosten.

Im Ergebnis vor Zinsen und Steuern stand einem Anstieg der „Umsatzerlöse aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ (65 Millionen EURO) der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Waren von 39 Millionen EURO gegenüber. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Aufwendungen durch konzerninterne Verrechnungspreise bestimmt werden, die an einer für steuerliche Zwecke erstellten Verrechnungspreisstudie der Konzernobergesellschaft ausgerichtet sind und das Ergebnis vor Zinsen und Steuern dadurch einer erheblichen Steuerung unterliegt.

Auf das Ergebnis vor Steuern und Zinsen wirkte sich hingegen negativ der Rückgang der „Umsatzerlöse aus sonstigen Dienstleistungen“ um 22 Millionen EURO und der damit verbundene Rückgang der Aufwendungen für bezogenen Leistungen um 1,3 Millionen EURO aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rabattrückstellungen, die im Jahr 2022 in deutlich geringerer Höhe als im Vorjahr angefallen sind.

Die Personalaufwendungen verminderten sich um 5 Millionen EURO (bzw. 8 %) wobei im Jahr 2022 die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter um 15 Personen bzw. 3 % gegenüber 2021 gestiegen ist. Dabei entspricht der Anstieg der Grundgehälter von 2% in etwa dem Anstieg der Anzahl der Mitarbeiter. Durch im Berichtsjahr geringere flexible Gehaltsbestandteile, sind die Aufwendungen für Löhne und Gehälter aber insgesamt um 3 Millionen EURO gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Zudem sind die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung um 2 Millionen EURO niedriger als im Vorjahr.

Daneben sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 1 Millionen EURO angestiegen. Maßgeblich für diesen Anstieg war der Anstieg der Marketingaufwendungen im Bereich der Fortbildungsangebote und Kongressveranstaltungen für Gesundheitspartner, die nach Abflauen der CORONA-Pandemie wieder verstärkt angeboten wurden.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag haben sich im direkten Vorjahresvergleich insgesamt vermindert. Dabei folgt der Rückgang der Steuern vom Einkommen und Ertrag nicht dem Anstieg des handelsrechtlichen Ergebnisses vor Steuern. Ursächlich hierfür sind Unterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz, die im Vorjahr zu einem deutlich höheren nach steuerrechtlichen Vorgaben ermittelten Gewinn geführt hatten.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge betreffen Zinserträge in Höhe von 1 Millionen EURO, die sich aus der Verminderung der steuerlichen Zinssätze nach § 233 a AO ergeben haben und Zinserträge für die Anlage flüssiger Mittel im Konzern in Höhe 1 Millionen EURO.

Die gesamte Höhe der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert geblieben. Sie resultieren vor allem aus dem Verwarentgelt durch die In-House-Bank für die Cashpooling-Guthaben im Novo Nordisk-Konzern und Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen die mit Erträgen aus dem Deckungsvermögen verrechnet wurden. Durch die Verminderung der steuerlichen Zinssätze nach § 233 a AO fielen im Berichtsjahr nahezu keine Zinsaufwendungen für steuerliche Sachverhalte an.

Insgesamt konnte für das Geschäftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss von 14 Millionen EURO (9 Millionen EURO im Vorjahr) ausgewiesen werden.

Vermögenslage



Die Bilanzsumme (299 Millionen EURO) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9 Millionen EURO leicht erhöht. Maßgeblich für die Bilanzverlängerung auf der Aktivseite ist der Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 63 Millionen EURO (vor allem durch den Anstieg des Finanzmittelbestands, dem bei der Konzernobergesellschaft eingerichteten Cash-Pool, bedingt) und der stichtagsbedingte Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 2 Millionen EURO. Daneben ist die Beseitigung der im Vorjahr noch bestehenden bilanziellen Überschuldung, durch die der nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag des Vorjahres (1 Million EURO) getilgt werden konnte, zu nennen.

Dagegen haben sich die Vorräte um 53 Millionen EURO aufgrund von Lieferengpässen der Produktionsgesellschaften im Konzern gegenüber dem Vorjahr vermindert.

Dem standen sich auf der Passivseite vor allem der Anstieg der Rückstellungen um 19 Millionen EURO und der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 18 Millionen EURO, der sonstigen Verbindlichkeiten um 2 Millionen EURO und der Anstieg des Eigenkapitals um 13 Millionen EURO gegenüber.

Bei dem Anstieg der Rückstellungen sind der Anstieg der Steuerrückstellungen um 11 Millionen EURO (u.a. durch die Zuführung der Rückstellungen für Betriebsprüfungsrisiken bedingt) und der sonstigen Rückstellungen um 9 Millionen EURO (vor allem wegen der im Berichtsjahr neu gebildeten Rückstellung für Preisnachlässe auf bereits erzielte Umsatzerlöse) zu nennen.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betrifft vor allem den Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber der Konzernobergesellschaft (9 Millionen EURO) und gegenüber weiteren Konzerngesellschaften (8 Millionen EUR). Dieser Rückgang steht mit dem Rückgang des Lagerbestands und den damit geringeren Lieferverbindlichkeiten im Konzernverbund in Verbindung.

Der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten um 2 Millionen EURO resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Umsatzsteuerverbindlichkeiten.

Nachdem der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2017 nicht mehr ausreichend durch Eigenkapital gedeckt war, musste 2017 ein entsprechender „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ in Höhe von 36 Millionen EURO auf der Aktivseite der Bilanz gebildet werden. Durch die Jahresüberschüsse der Jahre 2018 bis 2022 konnte dieser Ausgleichsposten im Berichtsjahr getilgt werden. Zum 31. Dezember 2022 kann stattdessen ein Eigenkapital in Höhe von 13 Millionen EURO ausgewiesen werden.

Die Eigenkapitalquote liegt bei 4 % (Vorjahr: 0 %). Das Eigenkapital ergibt sich durch den Jahresüberschuss des Jahres 2022 von 14 Millionen EURO nach Verrechnung mit dem nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 1 Million EURO.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand besteht aus dem bei der Konzernobergesellschaft eingerichteten Cash-Pool.

Der gesamte Finanzmittelbestand hat sich zum 31. Dezember 2022 mit 178 Millionen EURO gegenüber dem Vorjahr (113 Millionen EURO) erhöht. Im Berichtsjahr hat sich der Mittelzufluss insbesondere aus dem Rückgang der Vorräte, der Erhöhung der Rückstellungen und dem Jahresüberschuss ergeben. Dem stand ein deutlich geringerer Mittelabfluss aus der Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber.

Damit war für das gesamte Geschäftsjahr 2022 eine hohe Verfügbarkeit an liquiden Mitteln sichergestellt. Unverändert gegenüber dem Vorjahr besteht keine konzernfremde Außenfinanzierung.

Produktion und Beschaffung

Als reine Vertriebsgesellschaft für pharmazeutische Produkte bezieht die Novo Nordisk Pharma GmbH ihre Produkte von Konzerngesellschaften der Novo Nordisk-Gruppe. Die Konzern-Muttergesellschaft Novo Nordisk A/S hat ihren Sitz in Bagsvaerd, Dänemark.

Investitionen

Im Berichtszeitraum sind keine nennenswerten Investitionen in das Anlagevermögen durchgeführt worden.

Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Im Geschäftsjahr ist über keine nennenswerten Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben zu berichten.

Umweltschutz, Qualität und Arzneimittelsicherheit

Die Novo Nordisk Pharma GmbH ist in das Qualitätssicherungsprogramm der Konzernobergesellschaft eingebunden. Die Einhaltung der Qualitätsstandards wird regelmäßig von Auditoren des Novo Nordisk-Konzerns geprüft und zertifiziert.

Novo Nordisk verfolgt eine konzernweite Strategie zur Förderung von Klima- und Umweltschutz, an der auch die Novo Nordisk Pharma GmbH teilnimmt.

Forschung und Entwicklung

Die Novo Nordisk Pharma GmbH führt für die Konzernmutter klinische Studien der Phasen I bis IIIa durch. Die Kosten hierfür werden an die Konzernobergesellschaft weiterbelastet.

2. Hinweise auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Ziel der Novo Nordisk Pharma GmbH ist vor allem die Gewinnung von Marktanteilen im deutschen Diabetes- und Rare Disease-Markt. Chancen für die Zielerreichung liegen insbesondere im Geschäft mit „new generation insulins“, „modern insulins“, „obesity“ und GLP-1-Produkten sowie der Markteinführung neuer Produkte.



Durch die Rolle der Gesellschaft innerhalb der Novo Nordisk-Gruppe als funktions- und risikoarme Vertriebsgesellschaft, die für den Konzern zudem Marketingtätigkeiten im Rahmen von Produkteinführungen sowie Dienstleistungen für die klinische Forschung erbringt, werden die Geschäftsergebnisse mittels entsprechender Transferpreise für den Warenbezug im Konzern gesteuert. Daraus ergibt sich, dass ein Großteil der Risiken von der Konzernobergesellschaft getragen wird und die Novo Nordisk Pharma GmbH regelmäßig positive Ergebnisse vor Steuern und Zinsen in Abhängigkeit von der Umsatzentwicklung erzielen kann. Die andauernde Überschuldungssituation ist durch Steuerrückstellungen für Betriebsprüfungsrisiken bedingt. Diese Rückstellungsbildungen sind nicht Bestandteil der vertraglichen Gestaltung innerhalb des Konzernverbands, da vertraglich lediglich ein positives Ergebnis vor Steuern und Zinsen vereinbart ist.

Für die Gesellschaft ergeben sich die daher lediglich die folgenden Risiken:

• Risiko aus Feststellungen der Betriebsprüfung

- die Eintrittswahrscheinlichkeit, dass sich Risiken über die gebildeten Rückstellungen hinaus materialisieren, schätzen wir als gering ein
- Maßnahmen, diesem Risiko zu begegnen sind Einsprüche gegen die ergangenen Bescheide und Rückstellungsbildungen für mögliche Risiken, bei deren Ermittlung wir uns an dem Ergebnis des Verständigungsverfahrens zwischen den dänischen und deutschen Steuerbehörden nach der Betriebsprüfung der Jahre 2002 bis 2005 orientiert haben
- Weitere Maßnahmen sind die erfolgte Einleitung neuer Verständigungsverfahren für die Betriebsprüfungszeiträume gegen die Einspruch eingelegt wurde und eines Advanced Pricing Agreements mit den Steuerbehörden, das die Verrechnungspreisgestaltung für den Warenbezug im Konzern für die Zukunft risikofrei gestalten soll

• Wettbewerb durch Biosimilars

- eine Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos lässt sich nicht konkretisieren
- Maßnahmen, diesem Risiko zu begegnen, können auf Ebene der Gesellschaft nicht getroffen werden, erfolgen aber auf Konzernebene durch konstante Bemühungen im Bereich der Forschung zur Entwicklung neuer und innovativer Produkte

• Risiken infolge von Reformen im Gesundheitswesen

- eine Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos lässt sich nicht konkretisieren
- wie zuvor sind auch hier die Maßnahmenmöglichkeiten, diesem Risiko zu begegnen, auf Ebene der Gesellschaft begrenzt. Durch den Fokus des Konzerns auf innovative Produkte werden hier dennoch Möglichkeiten der Risikobegrenzung gesehen

Am 12. März 2020 hat die Weltgesundheitsorganisation COVID-19 zur Pandemie erklärt. Auch im Berichtsjahr 2022 hatte die Pandemie unsere Geschäftsentwicklung im Wesentlichen unberührt gelassen. Wir erwarten auch für die Zukunft keine größeren Einbrüche in die Diabetesversorgung und damit keine bedeutenden Auswirkungen auf Umsatz und Ergebnis.

Novo Nordisk Pharma GmbH hat sich umfassend mit Fragen des Risikomanagements beschäftigt und dabei - als vertriebsorientiertes Unternehmen - einen Schwerpunkt in der Erfassung, Bewertung und Minderung spezifischer Risiken im Bereich Vertriebsmanagement gesetzt. Es ist ein Risikomanagementsystem eingerichtet und dokumentiert. Hierunter fallen u. a. Aktivitäten wie monatliches Monitoring der Umsatz- und Marktanteilsentwicklung der einzelnen Geschäftsbereiche. Des Weiteren wird die Geschäftsleitung über aktuelle wirtschaftliche Tendenzen von den Fachabteilungen regelmäßig informiert, sodass sofort entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagement-System der dänischen Konzern-Muttergesellschaft eingebunden. Die sachgerechte Implementierung dieses Risikomanagement-Systems ist regelmäßig Gegenstand der Auditierung durch die Konzernrevision. Sowohl auf Gruppenebene als auch auf Ebene der Gesellschaft wurden geeignete Maßnahmen getroffen, insbesondere ist ein an den SarbanesOxley-Act angelehntes, konzerninternes („Minimum-Control-Konzept“) Überwachungssystem eingerichtet, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen sowie sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage frühzeitig erkannt werden.

Aus unserer Sicht bestehen derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken.

3. Voraussichtliche Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2023 wird eine bessere Geschäftsentwicklung in Bezug auf den Umsatz durch Fokussierung auf unsere Marketingaktivitäten im leicht unter zweistelligen Prozentbereich erwartet. Für die Marktanteile im deutschen Insulinmarkt wird ein dem Vorjahr vergleichbares Niveau erwartet.

Diese Einschätzungen bleiben jedoch in Abhängigkeit anhaltend schwieriger Rahmenbedingungen durch die Reformen im Gesundheitswesen, die Volatilität des AMNOG-Prozesses für innovative Neueinführungen, das Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV), das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz und die allgemeine wirtschaftliche Lage. Für die Entwicklung der Marktanteile im deutschen Insulinmarkt wird trotz des starken Wettbewerbs eine Stabilisierung erwartet.



Nach dem Ende des Geschäftsjahres ergaben sich keine Ereignisse oder Entwicklungen, die zu einer wesentlichen Änderung des Ausweises oder des Wertansatzes der einzelnen Vermögensgegenstände und Schuldposten zum 31. Dezember 2022 geführt hätten oder über die zu berichten wäre.

Mainz, den 28. Juni 2023

Novo Nordisk Pharma GmbH

Geschäftsführung

Jesper Wenzel Larsen

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktiva

	31.12.2022	31.12.2021
	€	€
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen		
1. Bauten auf fremden Grundstücken	128.996,00	282.396,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.213.652,98	1.204.052,98
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	98.154,42	10.000,00
	1.440.803,40	1.496.448,98
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Waren	71.333.971,77	123.895.612,86
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.416.896,06	10.837.876,72
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	201.167.835,97	138.444.933,44
3. Sonstige Vermögensgegenstände	3.323.825,57	3.632.344,88
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 2.347.348,00; Vorjahr € 2.678.647,14)		
	216.908.557,60	152.915.155,04
	288.242.529,37	276.810.767,90
C. Rechnungsabgrenzungsposten	264.049,61	980.841,18
D. Aktive latente Steuern	8.516.636,81	9.162.596,81
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	65.225,00	74.339,00

	31.12.2022	31.12.2021
	€	€
F. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	1.132.539,83
	298.529.244,19	289.657.533,70

Passiva

	31.12.2022	31.12.2021
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	614.061,55	614.061,55
II. Kapitalrücklage	1.686.751,92	1.686.751,92
III. Verlustvortrag	-3.433.353,30	-12.460.067,12
IV. Jahresüberschuss	13.647.492,31	9.026.713,82
	12.514.952,48	-1.132.539,83
Übertrag auf Aktivseite F.	0,00	1.132.539,83
	12.514.952,48	0,00
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	16.053.675,00	16.217.620,00
2. Steuerrückstellungen	26.283.857,05	15.726.940,00
3. Sonstige Rückstellungen	151.884.685,19	143.316.032,83
	194.222.217,24	175.260.592,83
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.295.130,04	4.627.806,67
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.295.130,04; Vorjahr € 4.627.806,67)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	77.570.773,91	95.111.703,11
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 77.570.773,91; Vorjahr € 95.111.703,11)		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	12.926.170,52	14.657.431,09
(davon aus Steuern € 12.303.239,14; Vorjahr € 14.228.384,81)		
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 12.926.170,52; Vorjahr € 14.657.431,09)		
	91.792.074,47	114.396.940,87
	298.529.244,19	289.657.533,70

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022

	2022	2021
	€	€
1. Umsatzerlöse	782.224.646,44	738.780.869,87
2. Sonstige betriebliche Erträge	8.929.942,57	18.874.179,16
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Waren	-635.601.289,87	-596.701.326,42
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-20.764.291,75	-22.099.591,13
	-656.365.581,62	-618.800.917,55
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-49.367.924,53	-52.418.944,55
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-11.351.912,79	-13.656.864,14
(davon für Altersversorgung € 4.175.255,19; Vorjahr € 6.941.698,65)		
	-60.719.837,32	-66.075.808,69
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-678.141,36	-683.168,95
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-48.070.804,74	-47.507.699,93
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.604.606,62	0,00
(davon aus verbundenen Unternehmen € 711.792,19; Vorjahr € 0,00)		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-914.560,91	-868.685,43
(davon an verbundene Unternehmen € 671.001,09; Vorjahr € 751.704,10)		
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12.374.398,00	-14.697.626,00
10. Ergebnis nach Steuern	13.635.871,68	9.021.142,48
11. Sonstige Steuern	11.620,63	5.571,34
12. Jahresüberschuss	13.647.492,31	9.026.713,82

Anhang für das Geschäftsjahr 2022

I. Anwendung der gesetzlichen Vorschriften

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Mainz und ist unter der Handelsregisternummer HRB B 4474 beim Amtsgericht Mainz eingetragen. Geschäftszweck ist der Vertrieb pharmazeutischer Präparate und Produkte. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 3 und Abs. 4 HGB und hat den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 entsprechend den Vorschriften für eine große Kapitalgesellschaft in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) unter Berücksichtigung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.



Bei der Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige - im Jahr des Zugangs zeitanteilige - lineare Abschreibungen, angesetzt. Die Nutzungsdauer der Anlagegüter liegt zwischen 3 und 13 Jahren für Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Bauten auf fremden Grundstücken werden entsprechend der vereinbarten Mietlaufzeit des Grundstückes, auf dem sie errichtet sind, abgeschrieben.

Vorräte

Die Bestände an Handels- und Musterwaren sind einzeln zu ihren Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Alle erkennbaren Risiken im Vorratsvermögen, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer, geminderter Verwertbarkeit und/oder niedrigeren Wiederbeschaffungskosten ergeben, sind durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt. In allen Fällen wurde verlustfrei bewertet, d. h. soweit die voraussichtlichen Verkaufspreise abzüglich der bis zum Verkauf anfallenden Kosten zu einem niedrigeren beizulegenden Wert führen, wurden entsprechende Abwertungen vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Erkennbare sowie mögliche Ausfallrisiken sind durch angemessene Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Pauschalwertberichtigungen werden nach Überfälligkeiten gestaffelt ermittelt. Im Berichtsjahr hat sich nach dieser Methode eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von T€ 294 (im Vorjahr T€ 190) ergeben.

Rückdeckungsversicherungsansprüche werden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten bzw. Mitteilungen der Versicherer mit den fortgeführten Anschaffungskosten (Deckungskapital zuzüglich Überschussbeteiligung) zum Bilanzstichtag bewertet.

Fremdwährungsforderungen bzw. Fremdwährungsverbindlichkeiten

Fremdwährungsforderungen bzw. Fremdwährungsverbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Es bestehen keine Fremdwährungsforderungen bzw. Fremdwährungsverbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von mehr als einem Jahr.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden auf die Unterschiede in den Bilanzansätzen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Aktive und passive latente Steuern werden saldiert ausgewiesen. Die Gesellschaft nimmt das Wahlrecht des § 274 HGB insoweit in Anspruch, dass sie auch einen Aktivüberhang in der Bilanz ansetzt.

Der Berechnung der latenten Steuern liegt ein effektiver Steuersatz von 26,68 % zugrunde (15,83 % für die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und 10,85 % für die Gewerbesteuer), der sich voraussichtlich im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen ergeben wird. Der Steuersatz für die Gewerbesteuer ergibt sich aus dem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 310 %.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungspflichten dienen, sind nach § 246 Abs. 2 HGB mit diesen Schulden verrechnet worden. Der - bei Berücksichtigung des Einzelbewertungsgrundsatzes - aus der Verrechnung resultierende Differenzbetrag in Höhe von T€ 65 (im Vorjahr T€ 74) wird unter diesem Posten ausgewiesen.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital (DEM 1.201.000) wird zum Nennbetrag bilanziert.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Nach einem erneuten Jahresüberschuss für das Jahr 2022 von T€ 13.647 (Vorjahr T€ 9.027) konnte der im Vorjahr noch mit T€ 1.133 ausgewiesene nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum 31. Dezember 2022 ausgeglichen werden.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit größer als ein Jahr werden mit dem Zinssatz nach § 253 HGB abgezinst.

Rückstellungen für Pensionen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (projizierte Einmalbeitragsmethode) unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet.



Die Rückstellungen für Pensionen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB). Es wurde entsprechend ein zum Stand Anfang Oktober 2022 prognostizierter Zinssatz für Ende Dezember 2022 in Höhe von 1,79 % p. a. (im Vorjahr: 1,98 %) angewendet. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen wurden Rentensteigerungen von 2,2 % (Vorjahr 1,5 %) zugrunde gelegt. Auf die Berücksichtigung von Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie einer Fluktuationsrate wurde verzichtet, da bezüglich der bilanzierten Ansprüche keine Gehaltssteigerungen bzw. Fluktuation mehr zu erwarten sind. Die Verpflichtungen aus Pensionen werden mit den Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungs- und ähnlichen Verpflichtungen dienen und dem Zugriff fremder Dritter entzogen sind (sog. Deckungsvermögen), verrechnet. Die Bewertung des zweckgebundenen, verpfändeten und insolvenzgesicherten Deckungsvermögens erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 S. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert. Dieser entspricht den Anschaffungskosten.

Die Jubiläumsrückstellungen wurden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens nach der projizierten Einmalbeitragsmethode unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem fristenkongruenten durchschnittlichen Marktzinssatz für einen Zeitraum von 15 Jahren der Deutschen Bundesbank von 3,90 % p.a. (im Vorjahr: 1,00 %) ermittelt.

Unter den Personalarückstellungen werden auch langfristig fällige Verpflichtungen aus Langzeitkontovereinbarungen ausgewiesen. Sie werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Diese Verpflichtungen werden mit den Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung der Verpflichtungen aus den Langzeitkonten dienen und dem Zugriff fremder Dritter entzogen sind (sog. Deckungsvermögen), verrechnet. Die Bewertung Deckungsvermögens erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 S. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert. Dieser entspricht den Anschaffungskosten.

Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB

Nach § 254 Abs. 6 HGB muss ein Unterschiedsbetrag in Form der Differenz zwischen dem Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Pensionen mit dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz und dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz ermittelt werden. Gewinne dürfen nur ausgeschüttet werden, wenn die nach der Ausschüttung verbleibenden Rücklagen zuzüglich eines Gewinnvortrags und abzüglich eines Verlustvortrags mindestens diesem Unterschiedsbetrag entsprechen. Der hiernach ermittelte Unterschiedsbetrag beträgt zum 31. Dezember 2022 T € 878 (Vorjahr T € 4.552).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen angesetzt. Im Geschäftsjahr sind unter den sonstigen Verbindlichkeiten Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherung von T € 19 (Vorjahr T € 1) ausgewiesen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Aufgliederung des Anlagevermögens und seine Entwicklung im Geschäftsjahr 2022 sind im, als Anlage zum Anhang, nachfolgenden Anlagenspiegel dargestellt.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (T € 201.168, Vorjahr T € 138.445) betreffen kurzfristige Forderungen aus dem Cashpooling und dem konzerninternen Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Es bestehen unverändert zum Vorjahr keine Forderungen gegen Gesellschafter.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden nicht mit der Pensionsrückstellung saldierte Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen von T € 2.347 (Vorjahr T € 2.679) ausgewiesen.

Sämtliche neben den Aktivwerten aus Rückdeckungsversicherungen ausgewiesene Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger.

3. Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Vorauszahlungen, die im Jahr 2023 zu Aufwand führen.

4. Aktive latente Steuern

Zum Bilanzstichtag ergeben sich auf Ebene der Gesellschaft ausschließlich aktivische Steuerlatenzen von T € 8.517 (Vorjahr T € 9.163). Der Ermittlung der aktiven latenten Steuern liegt ein effektiver Steuersatz von 26,68 % zugrunde und resultiert aus temporären Differenzen im Bereich der Pensionsrückstellungen von T € 22.899, der Rückstellungen für Restrukturierung bzw. Abfindungen von T € 8.708 sowie der sonstigen Rückstellungen von T € 320. Ohne die Verminderung dieses Postens hätte der Jahresüberschuss T € 14.293 statt T € 13.647 betragen.

5. Gewinnverwendung

In der Gesellschafterversammlung vom 1. Juni 2022 wurde der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021, der einen Jahresüberschuss von € 9.026.713,82 aufweist, festgestellt. Weiterhin wurde festgestellt, dass keine Gewinnausschüttung vorgenommen werden kann.

6. Rückstellungen

Den Rückstellungen für Pensionen liegen versicherungsmathematische Gutachten zugrunde. Rückstellungspflichtige Pensionsverpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von T€ 40.596. Pensionsverpflichtungen in Höhe von T€ 24.543 wurden mit Deckungsvermögen (beizulegender Zeitwert T€ 24.608) gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Als Deckungsvermögen wurden verpfändete Rückdeckungsversicherungen klassifiziert. Der Zeitwert entspricht den Anschaffungskosten.

Der beizulegende Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände wurde mit Hilfe anerkannter Bewertungsmethoden durch den Rückdeckungsversicherer ermittelt.

Die Erträge aus dem Deckungsvermögen (T€ 1.002) wurden mit den Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen (T€ 1.237) gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert. Aus der Aufzinsung der Verpflichtungen für Jubiläumprämien ergaben sich Zinsaufwendungen von T€ 3. Der sich ergebende Saldo von T€ 238 ist im Finanzergebnis unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ enthalten.

Im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung wird für bestimmte Leistungszusagen ein externer Versorgungsträger genutzt (Unterstützungskasse). Für diese mittelbare Pensionsverpflichtung bestand zum 31. Dezember 2022 eine Unterdeckung (Leistungszusagen der Unterstützungskasse abzüglich Deckungsvermögen der Unterstützungskasse) in Höhe von T€ 40.857 (im Vorjahr T€ 33.601).

Die Steuerrückstellungen beinhalten neben den Rückstellungen für Steuern des Geschäftsjahres auch Rückstellungen für steuerliche Risiken aus Betriebsprüfungen für die Jahre 2014 bis 2022 von € 49 Mio. Im Jahr 2019 sind vom Finanzamt Bescheide für die Jahre 2006 bis 2013 ergangen. Die auf die Bescheide geleisteten Steuernachzahlungen haben die von der Gesellschaft gebildeten Rückstellungen für steuerliche Risiken für diesen Zeitraum überstiegen (wir verweisen auf IV. 8.). Der übersteigende Betrag von € 27 Mio. stellt einen kompensatorischen Anspruch auf Rückerstattung gegen das Finanzamt dar; diesen Anspruch haben wir mit den Risiko-Rückstellungen für die Jahre 2014 bis 2022 saldiert.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten als wesentliche Posten Rückstellungen für Rabattvereinbarungen (T€ 121.656; Vorjahr T€ 109.001), Rückstellungen aus dem Personalbereich (T€ 21.754; Vorjahr T€ 25.998) und Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (T€ 5.113; Vorjahr 5.825).

Personalarückstellungen aus Langzeitkontovereinbarungen bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von T€ 8.503. Diese wurden mit Deckungsvermögen (beizulegender Zeitwert T€ 8.503) gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Der Zeitwert entspricht den Anschaffungskosten.

7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen kurzfristige Verbindlichkeiten aus dem konzerninternen Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden Verbindlichkeiten gegenüber der Konzernobergesellschaft von T€ 59.533 (im Vorjahr T€ 68.640) ausgewiesen.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen	2022	2021
	T€	T€
Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Handelswaren		
Produktgruppen		
Diabetes	597.299	530.433
Rare Disease	120.835	122.157
	718.134	652.590
Abzüglich Skonto	-8.618	-8.072
	709.516	644.518
Umsatzerlöse aus sonstigen Dienstleistungen	72.709	94.263
Gesamte Umsatzerlöse	782.225	738.781
Aufgliederung der Umsatzerlöse nach geografisch bestimmten Märkten	2022	2021
	T€	T€
Deutschland	709.663	644.576
Dänemark	68.812	88.474



Aufgliederung der Umsatzerlöse nach geografisch bestimmten Märkten	2022	2021
	T€	T€
Schweiz	3.729	4.723
USA	21	0
Indien	0	8
Gesamte Umsatzerlöse	782.225	738.781

Die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Handelswaren betreffen ausschließlich im Inland erzielte Umsatzerlöse.

Unter den Umsatzerlösen aus sonstigen Dienstleistungen sind im Wesentlichen Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen wie Product-Launches und klinische Prüfungen an die dänische Konzernobergesellschaft und eine weitere schweizerische Konzerngesellschaft ausgewiesen. Des Weiteren sind Erträge aus der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen an ausländische Schwestergesellschaften innerhalb des Konzerns zu nennen. Zudem ergeben sich Erträge aus den Teilnehmergebühren für von Novo Nordisk im Inland organisierte Fortbildungsveranstaltungen.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Erträge aus Fremdwährungsumrechnungen sind in Höhe von T€ 26 (Vorjahr T€ 7) enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge aus der Auflösung der Rückstellungen in Höhe von T€ 8.923 (Vorjahr T€ 18.814) enthalten.

3. Personalaufwand

Der Personalaufwand ist im Jahr 2022 um etwa 8 % auf T€ 60.720 zurückgegangen, wohingegen die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter um 15 Personen bzw. 3 % gegenüber 2021 gestiegen ist. Dabei entspricht der Anstieg der Grundgehälter von 2 % in etwa dem Anstieg der Anzahl der Mitarbeiter, durch im Berichtsjahr geringere flexible Gehaltsbestandteile, sind die Aufwendungen für Löhne und Gehälter aber insgesamt um T€ 3.051 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Zudem sind die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung um T€ 2.305 niedriger als im Vorjahr.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Wesentlicher Posten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind wie im Vorjahr die Marketingaufwendungen. Weitere wesentliche Posten sind die Büro- und Verwaltungsaufwendungen, die Kosten für klinische Prüfungen und die Kosten des Fuhrparks. Daneben sind noch Personalnebenkosten, Reisekosten, Versandkosten, Versicherungskosten und übrige sonstige betriebliche Aufwendungen angefallen.

Aufwendungen aus Fremdwährungsumrechnungen sind in Höhe von T€ 22 (Vorjahr T€ 9) enthalten.

5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge Aufwendungen

Innerhalb der sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge sind Zinserträge für die Anlage flüssiger Mittel im Konzern in Höhe von T€ 712 (Vorjahr T€ 0) erfasst. Daneben sind Zinserträge in Höhe von T€ 893 (Vorjahr T€ 0) erfasst, die sich aus der Verminderung der steuerlichen Zinssätze nach § 233 a AO ergeben haben.

6. Zinsen und sonstige Aufwendungen

Innerhalb der Zinsen und sonstigen Aufwendungen sind Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen und in unwesentlichem Umfang von Personalrückstellungen aus Langzeitkontovereinbarungen in Höhe von insgesamt T€ 1.237 (Vorjahr T€ 862) enthalten. Diese wurden mit Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von T€ 1.002 (Vorjahr T€ 784) verrechnet.

Im Berichtsjahr sind unter den Zinsaufwendungen auch Negativzinsen für die Anlage flüssiger Mittel im Konzern in Höhe von T€ 659 (Vorjahr T€ 739) erfasst.

7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen Gewerbe- und Körperschaftsteuer für das laufende Geschäftsjahr und latente Steuern. In den Steuern vom Einkommen und Ertrag sind Aufwendungen aus der Auflösung latenter Steuern in Höhe von T€ 646 (im Vorjahr Erträge aus der Bildung latenter Steuern T€ 319) enthalten.

Daneben erfolgte im Berichtsjahr eine weitere Zuführung zur Rückstellung für mögliche Steuernachzahlungen im Zusammenhang einer laufenden steuerlichen Betriebsprüfung in Höhe von T€ 5.622.

8. Außergewöhnliche Erträge und Aufwendungen



Im Zusammenhang mit den laufenden steuerlichen Betriebsprüfungen für die Jahre 2006 bis 2009 bzw. 2010 bis 2013 wurden im Jahr 2019 die Bescheide durch das Finanzamt vorgelegt. Dabei wurde beanstandet, dass die Verrechnungspreise für den Warenbezug im Konzern überhöht gewesen seien und es so zu verdeckten Gewinnausschüttungen gekommen sei. Im Ergebnis sei für jedes Jahr in den Prüfungszeiträumen bei Verrechnungspreisen, die von den Steuerbehörden für sachgerecht gehalten werden, ein Ergebnis vor Zinsen und Steuern in Höhe von 8% bezogen auf die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Handelswaren zu erwarten. Die Differenz zu den tatsächlich erklärten Ergebnissen vor Zinsen und Steuern sei verdeckte Gewinnausschüttung.

Die Geschäftsführung geht abweichend von der Auffassung des Finanzamts weiter von steuerlich richtig ermittelten Verrechnungspreisen für alle Jahre seit 2006 und somit von keinen verdeckten Gewinnausschüttungen aus. Es wurden gegen die ergangenen Steuerbescheide Einspruch eingelegt.

Da aber nach der Erfahrung aus der Betriebsprüfung der Jahre 2002 bis 2005 davon ausgegangen werden muss, dass sich die dänischen und deutschen Steuerbehörden im Rahmen eines Verständigungsverfahrens auf ein Verhandlungsergebnis einigen könnten, hatte sich die Geschäftsführung dazu entschlossen, zum 31. Dezember 2017 vorsorglich Rückstellungen für Mehrsteuern und Zinsen für die Jahre 2006 bis 2017 zu bilden und dies für 2022 entsprechend fortgeführt. Die Höhe der Rückstellung berücksichtigt dabei die von der Betriebsprüfung angenommene Umsatzmarge von 8% als Obergrenze des möglichen Risikos.

Die Untergrenze des Risikos wurde basierend auf einer Umsatzmarge von 5% ermittelt, was etwas unterhalb des Ergebnisses des Dänisch-Deutschen-Verständigungsverfahrens nach der Betriebsprüfung 2002 bis 2005 liegt. Die tatsächliche Rückstellungsermittlung stellt dann auf den Mittelwert einer Umsatzmarge von 6,5% ab.

Dabei ist die Rückstellungsbildung allein der kaufmännischen Vorsicht geschuldet und stellt kein, auch nicht teilweises, Anerkenntnis der ergangenen Steuerbescheide dar.

Im Jahr 2018 hat das Finanzamt mit der Betriebsprüfung für die Jahre 2014 bis 2016 begonnen. Die Prüfung dauert an und es wurden noch keine Prüfungsfeststellung vorgelegt.

Durch die Fortführung der Rückstellungsbildung für das Jahr 2022 wurde das Jahresergebnis 2022 mit außergewöhnlichen Aufwendungen für Zinsen in Höhe von T€ 0 (Vorjahr T€ 186) und für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von T€ 5.622 (Vorjahr T€ 5.631) belastet. Durch die Absenkung der steuerlichen Zinssätze nach § 233 a AO konnte die Rückstellung im Berichtsjahr um außergewöhnliche Erträge für Zinsen in Höhe von T€ 891 vermindert werden.

V. Sonstige Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen bestehen am Bilanzstichtag zukünftige Verpflichtungen in Höhe von insgesamt T€ 54.859 (Vorjahr T€ 55.911), wovon T€ 20.456 im Jahr 2023 fällig werden. Die Höhe der gesamten Verpflichtungen ist nebst dem Bestellobligo wesentlich durch die Verpflichtungen aus den Mietverträgen für Bürogebäude bedingt.

Es bestehen keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

2. Mitarbeiter

	2022	2021
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt		
- Angestellte	515	500
davon Vollzeitkräfte	435	433
davon Teilzeitkräfte	61	55
davon Aushilfskräfte	19	12
- Auszubildende	0	0
Gesamt	515	500

3. Gesamtbezüge der Geschäftsführung sowie ehemaliger Mitglieder der Geschäftsführung

Bezüglich der Gesamtbezüge der Geschäftsführung hat die Gesellschaft von der Regelung des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht, da sich anhand der Angabe die Bezüge der einzelnen Mitglieder feststellen lassen.

Vorschüsse und Kredite gegenüber der Geschäftsführung bestehen nicht.

An frühere Mitglieder der Geschäftsführung bzw. deren Hinterbliebene erfolgten Rentenzahlungen in Höhe von T€ 92 (Vorjahr T€ 90). Zum 31. Dezember 2022 besteht für diesen Personenkreis eine Pensionsrückstellung in Höhe von T€ 2.862 (Vorjahr T€ 2.721).

4. Mitglieder der Geschäftsführung

Herr Jesper Wenzel Larsen, Senior Vice President, Kopenhagen



5. Abschlussprüferhonorar

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2022 berechnete Gesamthonorar beträgt T€ 77. Es wurden ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen erbracht.

6. Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin war im Berichtsjahr die Novo Nordisk Region Europe A/S, Bagsvaerd/Dänemark.

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Novo Nordisk A/S (stellt den Konzernabschluss für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen auf) einbezogen. Der Konzernabschluss der Novo Nordisk A/S wird im Börsenpflichtorgan der Börse Kopenhagen veröffentlicht.

7. Gewinnverwendungsvorschlag der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung schlägt dem Gesellschafter vor, für das Geschäftsjahr 2022 das Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.

8. Ausschüttungssperre

Die Ausschüttungssperre umfasst die aktiven latenten Steuern in Höhe von T€ 8.517 sowie den Unterschiedsbetrag aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von T€ 878.

9. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge nach dem Abschluss des Geschäftsjahres, die Auswirkungen auf die Lage des Unternehmens haben können, sind uns derzeit nicht bekannt. Insbesondere liegen keine weiteren Erkenntnisse zur Entwicklung des Einspruchs gegen die Steuerbescheide aus den laufenden steuerlichen Betriebsprüfungen für die Jahre 2006 bis 2009 bzw. 2010 bis 2013 vor. Eine weitere steuerliche Betriebsprüfung für die Jahre 2014 bis 2016 wurde im Februar 2019 begonnen. Aus dieser neuen Betriebsprüfung ergeben sich keine weiteren steuerlichen Risiken, die nicht bereits den oben genannten Rückstellungen für Mehrsteuern und Zinsen für die Jahre 2006 bis 2017 bzw. ihrer Fortführung bis 2022 berücksichtigt wären.

Mainz, den 28. Juni 2023

Novo Nordisk Pharma GmbH

Geschäftsführung

Jesper Wenzel Larsen

Entwicklung des Anlagevermögens (Anlage zum Anhang)

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten			31.12.2022 €
	1.1.2022 €	Zugänge €	Abgänge €	
Sachanlagen				
1. Bauten auf fremden Grundstücken	692.021,22	0,00	0,00	692.021,22
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.521.629,30	534.353,36	268.343,25	2.787.639,41
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	10.000,00	88.154,42	0,00	98.154,42
	3.223.650,52	622.507,78	268.343,25	3.577.815,05

	Abschreibungen			31.12.2022 €
	1.1.2022 €	Zugänge €	Abgänge €	
Sachanlagen				
1. Bauten auf fremden Grundstücken	409.625,22	153.400,00	0,00	563.025,22
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.317.576,32	524.741,36	268.331,25	1.573.986,43
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00
	1.727.201,54	678.141,36	268.331,25	2.137.011,65
	Restbuchwerte			31.12.2021 €
	31.12.2022 €			
Sachanlagen				
1. Bauten auf fremden Grundstücken		128.996,00		282.396,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.213.652,98		1.204.052,98
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		98.154,42		10.000,00
		1.440.803,40		1.496.448,98

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Novo Nordisk Pharma GmbH, Mainz

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Novo Nordisk Pharma GmbH, Mainz, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Novo Nordisk Pharma GmbH, Mainz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen



unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.



Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 28. Juni 2023

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frank Hoffsteter, Wirtschaftsprüfer

Ogai Bazgar, Wirtschaftsprüferin